

18.
den
des
pache
olizei
erein
t er
stung
Ala-
Durch
ge
ans
halb
haus
vor-
po-
stige
dar-
auch
Ent-
sch
den
10
0.
geln
den
ier-
der
sem
laer
un-
ipr.
en.
en.
in,
le,
en
den
fen
and
as
ab
so

Bezugspreis:
Der „Tannusbote“ erscheint
täglich jedoch mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage
und kostet im Vierteljahr
einschließlich Bringerlohn
Mk. 3.50, durch die Post
ins Haus gebracht Mk. 3.25
Wochenarten, durch unsere
Geschäftsstelle und unsere 5
Filialen zu beziehen, 25 Pfg.
Einzelnummern kost. 10 Pfg.

Geschäftsstelle: Rudenstraße 1
Fernsprecher Nr. 9

Tannusbote

Homburger Tageblatt

Anzeiger für Bad Homburg v.d. Höhe

Anzeigenpreis:
Die fünfgespaltene Korpus-
zeile oder deren Raum kostet
20 Pfg., im Restamteil die
Kleinzeile 40 Pfg. Bei An-
zeigen von auswärts kostet
die fünfgespaltene Korpus-
zeile 25 Pfg., im Restam-
teil die Kleinzeile 50 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt
dauernd. 1. Wohnungs-
anzeigen nach Zeilenzahl.
Besondere rechtzeitig erbeten.

Postfachkonto Nr. 8774
Frankfurt am Main

Gegründet 1859

Nr. 290

Mittwoch, den 11. Dezember 1918

Unsere Finanzlage u. Steuer- Politik.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt sprach in Berlin vor geladenen Vertretern des Wirtschaftslebens und der Presse über Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik. Er führte u. a. aus, daß es heute kaum möglich sei, für den Augenblick eine geregelte Finanzwirtschaft zu treiben, geschweige denn Pläne für die Zukunft aufzustellen. Sicher sei heute nur das eine, daß, wenn die jetzigen Zustände auch nur noch kurze Zeit andauern, Deutschland unentrinnbar dem völligen Ruin, dem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch zusteure. Das neue System arbeite weit teurer als das alte. Vor einigen Tagen sei eine Notiz durch die Presse gegangen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in der kurzen Zeit von 14 Tagen 800 Millionen Mark verbraucht hätten. Das sei nicht so zu verstehen, als ob diese Summe in die Taschen der gegenwärtigen Machthaber geflossen sei; aber die Tatsache stehe fest, daß durch Bezüge der gegenwärtigen Exekutivorgane, durch Erhöhung der Löhne und Gehälter, durch Teuerungszulagen und Mehraufwendungen aller Art weit mehr als 1 Milliarde verbraucht worden sei. Schlimmer noch sei die ungeheure Vergeudung von Rationalvermögen durch die gewissenlose Verschleuderung von Borräten und Heeresgut. Die Produktion stehe fast völlig still. „Unser Kredit im Auslande ist aufs Schwerste gefährdet. Es ist eine der betrüblichsten Folgeerscheinungen der Entwicklung der letzten Wochen, daß man im Ausland den Wechseln unserer Großbanken mit Mißtrauen begegnet und bereits begonnen hat, gewährte Kredite zu kündigen. Die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, hier tatkräftig einzugreifen und durch Schaffung geordneter Verhältnisse das Vertrauen des Auslandes wieder herzustellen. Nicht minder dringlich ist die Aufgabe, den gesunkenen Wert des Geldes und unserer Währung zu heben.“

Bei der künftigen Gestaltung der Steuerpolitik, die grundsätzlich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Beschlußfassung der Nationalversammlung vorbehalten werden soll, werden viel mehr noch, als es bisher der Fall war, die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens rüch- und ausschlaggebend sein müssen. Angekündigt ist bereits die Wiederholung der Kriegsabgabe der Gesellschaften für das Jahr 1918/19. Wie aus dem bereits erlassenen Sicherungsgesetz ersichtlich ist, ist ihre Erhöhung von 60 auf 80 Prozent ins Auge gefaßt. Die Kriegsteuer der Privatpersonen wird einen weiteren Ausbau und eine gründliche Umgestaltung erfahren. Sie wird, wie es ursprünglich geplant war, auch das Mehreinkommen erfassen müssen, und rückwirkend den Stand vom 31. Dezember 1913 zum Ausgangspunkt nehmen. Die hohen Kriegsgewinne, soweit sie auf der Ausnützung der Kriegskonjunktur beruhen, werden so besteuert werden, daß man von einer restlosen Erfassung wird sprechen können. Die Bezahlung der Kriegsanleihen und Reichsschatzscheine soll nicht nur aufrecht erhalten werden, sondern es schweben Verhandlungen, die Zahlung wenigstens eines gewissen Prozentsatzes dieser Abgaben in Kriegsanleiheobligationen zu machen. Bei der Erhebung der einmaligen Vermögensabgabe soll weitestgehendsten Rücksicht genommen werden auf Alter, Familienstand, Erwerbsfähigkeit u. a. m. Erwogen wird zur Zeit noch die Frage, ob die Vermögensabgabe nicht zu einem Teil wenigstens in Form einer Zwangsanleihe zu bleiben sein wird, so daß den Besitzern eine spätere Rückgabe in Aussicht gestellt werden kann. Die neu geschaffenen einmaligen Besitzsteuern, insbesondere die Steuer auf den Vermögenszuwachs werden weiter ausgestaltet und zu regelmäßig wiederkehrenden Abgaben gemacht werden müssen. Auch die Einkommen- und Ergänzungssteuer wird ausgebaut werden müssen. Unter allen Umständen

sollen die ganz hohen Einkommen in irgend einer Weise zu den Lasten des Reiches herangezogen werden. Geplant ist teilweise auch der Uebergang zu dem englischen System der Erfassung des Einkommens an der Quelle. Die Erbschaftsteuer wird nicht nur erhöht auf die nächsten Verwandten ausgedehnt werden, sondern es soll künftig auch eine Berücksichtigung der Vermögenslage des Erben stattfinden.

Bei dem Ausbau der indirekten Steuern wird in erster Linie der Tabak und der Zucker herangezogen werden. Die Erhöhung der Zigarettensteuer soll schon in den nächsten Tagen erfolgen. Auch eine Vereinheitlichung und Neugestaltung der Stempelsteuer ist geplant. An Stell von Produktions- und Rohstoffsteuern, die man endgültig fallen gelassen hat, soll die Umsatzsteuer weiter erhöht werden. Die Luxussteuer wird auf eine Reihe neuer Gebiete ausgedehnt sein. Die Hauptsache ist aber, daß die neuen Steuern nicht nur geschaffen werden, sondern daß sie auch eingehe. Eine völlige Reform des Veranlagungswesens ist dazu Vorbedingung. Gegen die Steuerflucht jeder Art sollen die schärfsten Maßnahmen getroffen werden.

Mit Steuern allein aber werden wir die Lasten nicht aufzubringen vermögen. In weitgehendem Maße wird der Staat am Wirtschaftsleben beteiligt werden müssen. Das ist keineswegs gleichbedeutend mit Sozialisierung im Sinne einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Sorgfältige Prüfung der individuellen Eignung ist Vorbedingung jeder solchen Maßnahme. Von vornherein werden auscheiden müssen das komplizierte weitverzweigte Kreditgewerbe und alle diejenigen industriellen Betriebe, die heute schon im Besitz des Staates sind, Teile des Versicherungsgewerbes, der Elektrizitätsindustrie, die Wasserstraßen und die Ausnützung der Wasserkraft. Auch nach auf andere Weise ist eine Beteiligung des Staates möglich. Die durch Konzentration der Industrie zu Kartellen und Syndikaten erzielten Ersparnisse an Produktionskosten werden in irgend einer Weise dem Staate nutzbar zu machen sein. Das kann am besten geschehen in der Form wirtschaftlicher Unternehmungen.

Einzug der Gardetruppen in Berlin.

Berlin, 11. Dezbr. Berlin hatte heute die letzten dunklen Ereignisse vergessen. Die Stadt prangt in einem wunderbaren Festkleid und Tausende von Menschen waren vom frühen Morgen auf den Straßen, um die heimkehrende Garde zu begrüßen. Vom Heideberger Platz aus bewegte sich die große Truppenkolonne durch den Westen, durch den Tiergarten nach dem Brandenburger Tor. Von Stunde zu Stunde wuchs der Menschenandrang, sodas bald in den Hauptverkehrsstraßen der Verkehr stockte. Kurz nach ein Uhr verkündeten die Klänge des „Pariser Einzugsmarsches“ das Herannahen der Garde. Gardebataillonen eröffneten den Zug, eingeteilt nach den deutschen Stämmen, die in diesem Regiment vereint sind. Voran ritt mit ihren blau-weißen Fahnen und Fähnchen die Bayern, dann folgten Preußen, Sachsen und schließlich die Württemberger. Die Soldaten waren festlich geschmückt mit Tannengrün und kleinen Fähnchen und Blumen. Feldmarschmäßig zogen sie in die Reichshauptstadt ein. Selbst Pferde, Wagen, Geschütze, Automobile und Gasflaschkanonen etc. hatten Festschmuck angelegt. Dann folgten die Garde-Mannschaften, die Garde-Kürassiere, die Garde-Husaren, Garde-Dräger, Artillerie und wieder Schützen. Als die Truppen das „Brandenburger Tor“ durchschritten, erhob sich ein endloser Jubel der Begeisterung. Tücher und Hüte kamen nicht mehr zur Ruhe und das Hochrufen der Menge wollte nicht verstummen. Trompetenstöße brachten den riesigen Zug zum Halten. Von einer Rednertribüne aus begrüßte der Volksbeauftragte Ebert die heimkehrenden Truppen als Volksgenossen in der freien deutschen Republik. Er dankte ihnen im Namen des deutschen Volkes für

ihren Heldennut und ihre außerordentlichen Entbehrungen. Er hoben hauptes könnten sie heute in der Reichshauptstadt einziehen, denn kein Feind habe sie geschlagen, sondern die Uebermacht allein habe sie zum Frieden gezwungen. Die Heimat könnte nicht die Dankeschuld ihrem Volksheer abtragen, aber die neue deutsche Regierung werde durch Taten beweisen, daß Deutschland die Heldentaten seiner tapferen Streiter nicht vergessen wird. Er forderte die Soldaten auf, mit zu wirken am Wiederaufbau Deutschlands, denn die Parole einer sozialistischen Republik sei „Arbeit“. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die deutsche Republik schloß die Ansprache. Nach Ebert begrüßte den noch Oberbürgermeister Wermuth die heimkehrenden Kämpfer im Namen der Stadt und der städtischen Behörden. Feldwebel Suppe hieß die Soldaten im Namen des A. und S. Rates Berlin willkommen. Nachdem er erklärt hatte, daß die Soldaten einmütig hinter der Regierung ständen und sich gegen die Machenschaften Liebesknechts gewandt hatte, endete er auch mit einem Hoch auf die Krieger und unter klingendem Spiel zogen die Truppen nach ihren Quartieren.

Berlin, 10. Dezbr. We die „Voss. Ztg.“ hört, ist entgegen dem Drängen der Radikalen beschloßen worden, die in Berlin einziehenden Gardetruppen nicht zu entwaffnen. (Voss. Ztg.)

Politische Ueberblick.

Berlin, 10. Dezbr. Die von verschiedenen Gruppen der unabhängigen Sozialdemokratie im Reich angestrebte Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Richtungen ist laut „Vorwärts“ auf der dieser Tage in Berlin abgehaltenen Reichskonferenz der Unabhängigen abgelehnt worden. Die Parteileitung hat beschloßen, überall den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen.

Berlin, 11. Dezbr. Dem „Berl. Lokalan.“ wird aus Genf gemeldet: Dem „Genfer Journal“ zufolge findet das Verlangen der Auslieferung Wilhelms II. und des früheren Kronprinzen durchaus nicht die Zustimmung in großen Teilen der Bevölkerung der Ententestaaten, weil dem Geleis im allgemeinen und der Neutralität Hollands Gewalt angetan werden würde, was auch namhafte Rechtsgelahrte zugestehen.

Chemnitz, 10. Dezbr. (WB.) Bei den gestrigen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für die Mehrheitssozialisten 78.500, für die Unabhängigen 6.600 Stimmen abgegeben. Einige Teilergebnisse stehen noch aus.

Köln, 10. Dezbr. (WB.) Aus einem verspätet erhaltenen Bericht aus Saarbrücken über die Verhandlungen der Bergarbeiterorganisation mit dem französischen Befehlshaber entnehmen wir noch folgende unbekannte Tatsachen: Bekanntlich entsprach der französische Befehlshaber nach einer Achtstundenschicht nicht. Er begründete die Ablehnung mit der Kohlennot, die sowohl in Frankreich wie in Deutschland herrsche, namentlich aber auch in der Tat, daß in Frankreich die Bergarbeiter 10 Stunden arbeiten müßten. Auf den Einwurf, daß in der Pfalz die Achtstundenschicht bereits eingeführt sei, erwiderte er, daß sie abgeschafft würde, sobald die Franzosen in die Pfalz eingerückt sein würden. Er könne die Achtstundenschicht nicht einmal in Aussicht stellen; wenn jedoch die Bergleute Kohlen lieferten, würde auch die Versorgung mit Lebensmitteln für die Bergleute gut werden, die unter der Lebensmittellage sehr litten.

Düsseldorf, 10. Dezbr. (WB.) Die fortgesetzt in Verhandlungen wiederkehrende Behauptung, die rheinisch-westfälische Großindustrie erstrebe aus kapitalistischen Gründen die Errichtung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik, veranlaßt die Düsseldorf Groöndustrie zu folgender Erklärung: „Die heute Abend versammelten Vertreter der

Düsseldorf Groöndustrie erklären einstimmig, daß sie niemals den Gedanken erwogen haben noch erwägen werden, die Schaffung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik zu befürworten. Sie halten am Deutschen Reich fest und mißbilligen alle auf eine Teilung Deutschlands in einzelne Republiken hinielenden Bestrebungen. Nach Benehmen mit einer großen Anzahl von Industriellen der Großindustrie des Rheinlands und Westfalens sind wir zur Feststellung der Tatsache berechtigt, daß auch diese denselben Standpunkt vertreten und niemals mit einer solchen oder ähnlichen Anregung hervorgetreten sind, so daß die in der Presse und in Versammlungen immer wiederkehrende Behauptung in nichts zusammenfällt. Ebenso unbegründet und sinnlos ist das Gerüchte, daß die Großindustrie des Westens die Besetzung ihres Gebietes durch feindliche Truppen betreibe. Auch diese Behauptung ist glatt erfunden. Die vorstehend behandelten Versuche zur Zerstüklung Deutschlands zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Nationalversammlung in aller nächster Zeit einzuberufen, da jeder Tag der Verzögerung die politische Verwirrung steigert und arherdem den wirtschaftlichen Zusammenbruch beschleunigt. Die Industrie des Rheinlands und Westfalens muß daher auch von diesem Gesichtspunkt aus schnellste Einberufung der Nationalversammlung dringend fordern.“

Wien, 10. Dezbr. Hiesige Regierungskreise dementieren die Berliner Meldung über eine bevorstehende Besetzung Wiens durch Verbandstruppen.

Amsterdam, 10. Dezbr. (TL.) Nach einem Schreiben an das Komitee für Nahrungsmittelversorgung erklärt der frühere Nahrungsmittelkontrollleur Gines unter anderem: Jeder hofft, daß die Beschränkung in der Nahrungsmittelversorgung gelindert werde. Es ist jedoch jetzt nicht der Augenblick, um Proben auf diesem Gebiete anstellen zu können. Ich erachte es für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Lebensmittelvorräte der Welt noch während einiger Zeit Grund zur Besorgnis geben werden. In ausgetrockneten Strecken Europas droht in diesem Winter Hungersnot. Es wird wenigstens während des Winters und Frühjahr noch notwendig sein, die getroffenen Maßnahmen beizubehalten.

Amsterdam, 10. Dezbr. (WB.) Nach einer Reuter-Meldung aus London hatte der Berichterstatter des „Daily Express“ in Berlin am 6. Dezember eine Unterredung mit Scheidemann, worin dieser u. a. sagte, daß die deutschen Friedensbegehrten von der hiesigen Regierung ernannt werden würden, daß darüber aber noch keine Beratungen stattgefunden hätten. Auf die Frage, welche Bürgerschaften Deutschland den Alliierten für die Festigkeit der gegenwärtigen Regierung geben werde, antwortete Scheidemann, die Bürgerschaft dafür würde die möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung sein. Auf die Frage nach der Haltung der heutigen Regierung gegenüber dem Kaiser und der Forderung der Alliierten, daß er vor ein Gericht gestellt werden solle, antwortete Scheidemann, die Frage der Errichtung eines Gerichtshofes, der über alle Personen, denen die Schuld an dem Ausbruch des Krieges beigegeben werde, aburteilen solle, werde jetzt besprochen. Die Entscheidung müßte von der Nationalversammlung gefaßt werden. Scheidemann sprach als seine Ansicht aus, daß der Kaiser bereits genug bestraft sei, daß aber sein Anteil an der Verursachung des Krieges deutlich festgestellt werden müßte.

Bern, 10. Dezbr. Die abgelieferten deutschen Tauchboote werden jetzt auf die verschiedensten Häfen Englands verteilt, um dort der Schaulust des Publikums zu dienen. Vier U-Boote werden allein in London auf der Themse vorgeführt. Auch werden Eintrittsgelder erhoben.

Zürich, 11. Dezbr. In Florenz wurde die Zusammenkunft der republikanischen Partei eröffnet. Nach langer Erörterung drang die Forderung durch eine verfassgebende Versammlung einzuberufen. Dilem Beschluß wurde zugestimmt. Sie werde jetzt nach Ve-

endigung des Krieges wieder ihre eigene Politik aufnehmen. Es wurde weiter beschlossen, in eine große Werbetätigkeit einzutreten. An erster Stelle solle für die Errichtung einer Republik eingetreten werden. Weiter solle man dahin streben, daß auf dem Friedenskongreß die Grundzüge Wilsons als Grundlage für den Völkervertrag angenommen werden.

Washington, 9. Dezbr. (W.B.) Reuter. Von dem Dampfer „George Washington“ wird drahtlos gemeldet, daß Wilson nicht persönlich bei den Friedensverhandlungen anwesend, wohl aber in Fühlung mit den leitenden Persönlichkeiten der Alliierten und bereit sein wird, die ihm unterbreiteten Fragen zu erledigen.

Washington, 9. Dezbr. (W.B.) Reuter. Der Schatzsekretär verlangt vom Kongreß eine Ermächtigung zu weiteren Anleihen an die Alliierten. Sobald die unter dem jetzigen Gesetz verfügbaren 1½ Milliarden erschöpft sind, würde eine besondere Kommission einberufen, um sich mit dem Gegenstande zu beschäftigen.

Kristiania, 10. Dezbr. Das Nobelkomitee fand keinen Anlaß, den vorgeschlagenen Kandidaten den Nobelpreis für 1918 zu erteilen. Der Preisbetrag bleibt deshalb den Stiftungsregeln gemäß, für nächstes Jahr vorbehalten.

Amsterdam, 10. Dezbr. Reuter vernimmt aus offizieller Stelle, daß 2000 Flugzeuge, welche die Deutschen ausliefern müssen, sämtlich in Händen der Alliierten sein werden, insgesamt, so gibt Reuter dieser Meldung hinzu, verlor Deutschland seit dem 1. Januar 1918 weit über 6000 Flugzeuge. Die Alliierten verloren weniger und besitzen also nun die überwältigende Vorherrschaft in der Luft.

Basel, 10. Dezbr. Gegenüber der Erklärung Lord Balfours, daß England erst am 3. August 1914 mit der Mobilmachung begonnen habe, stellt der Vertreter der Times fest, daß England bereits am 30. Juli 1914 mobilisiert hat. Er könne sich hierfür auf das Zeugnis von Augenzeugen berufen.

Genf, 11. Dezbr. Havas meldet aus Amerika: Die polnische Amerika-Division, die unter dem Befehle des General Hailler steht, ist nach Havre abgereist, von wo sie sich nach Danzig einschiffen wird. Sie wird die preussischen Provinzen Posen und Schlesien besetzen und ihr Hauptquartier in Posen aufschlagen.

Amsterdam, 11. Dezbr. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten hat die Untersuchung betr. der Wege im Kriegsgelände abgeschlossen. Es sind 1800 Brücken zu erneuern, wofür 40 000 Tonnen Stahl notwendig sind. Ferner sind 120 Schleusen und 5000 Kilometer Schienenweg zu erneuern. — Die Ablieferung des deutschen Materials geht, dem „Matin“ zufolge, unerhört langsam vor sich. Das Ende des Termins für den Waffenstillstand nähert sich, sagt das Blatt, und weder Lokomotiven noch Wagen würden bei der französischen Eisenbahn in Dienst gestellt.

Karla Stratten's Jugendliebe

Roman von Max Schmidt-Schellens.

Der Graf war aufgestanden. Auf seiner Stirn stand kalter Schweiß.

„Reden wir nicht mehr davon“, fuhr Klarissa fort. „Wir haben beide unseren Zweck erreicht. Sie hatten eine intime Plauderstunde, Herr Graf — und ich habe mir meine ersten Sangespartien gesichert. Ich denke, wir sind quitt. Gute Nacht.“

Ohne sich umzuschauen, verschwand sie im Nebenzimmer.

Der Graf sah ihr nach mit einem Gefühl des Jornes und der ohnmächtigen Wut. Er fühlte sich so klein dieser Frau gegenüber. Sie gab ihm einen Korb. Stolz wies sie seine Hand zurück und erklärte in kalter Gelassenheit, daß man quitt sei. Sie habe sich die Bestätigung ihrer Rechte erworben.

Der Graf schloß sich in dieser Nacht. Am nächsten Morgen nach dem Frühstück ließ er sich bei Fräulein Sanden melden. Klarissa empfing ihn in ihrem Salon.

Imfelden hat, noch einmal auf das Gespräch am Abend zurückkommen zu dürfen. „Mein Antrag gestern Abend war nicht das Ergebnis einer schwachen Stunde, mein teures Mädchen“, begann er. „Deshalb wiederhole ich ihn jetzt. Ich biete Ihnen meine Hand und meinen Namen. Nicht etwa, weil mein Gewissen mir vorschreibt, ich wäre Ihnen eine Genugtuung schuldig. Nein, Klarissa, mit solchen Bedenken habe ich mich niemals beschwert. Sondern weil ich Sie liebe und achte. Ihr Besitz würde mich überaus glücklich machen. Sie sehen, ich bin vollkommen ruhig und Herr meiner Empfindungen. Sie werden jetzt den Antrag nicht auf die Erregung der Sinne zurückführen wollen.“

Die Sängerin war bleich geworden. Ihre Brust unter dem leichten Morgenkleid hob sich rasch. Sie entgegnete: „Ich bedauere, Ihnen auch heute keine andere Antwort geben zu können.“

Kristiania, 10. Dezbr. (W.B.) Das Hauptorgan der linkssozialistischen norwegischen Arbeiterpartei „Klasselampen“ schreibt in einem Leitartikel unter der Überschrift: „Der Henkersknecht der Welt“ die Rolle des Henkersknechts der Welt hätten die siegreichen Ententeimperialisten übernommen. Ihre leitenden Staatsmänner, die die ganze Zeit mit den alten Schlagworten von Freiheit und Demokratie um sich geworfen hätten, enthielten sich jetzt immer mehr als die raubgierigen Wölfe des Weltimperialismus, der nicht ein Haar besser sei als der gestürzte deutsche Imperialismus.

Stadtnachrichten.

Was unsere Frauen alles lernen müssen.

Ueber Nacht sind die Frauen Deutschlands mit dem großen Geschenk des Stimmrechts beschenkt worden. Aber ob diese so plötzlich vom Himmel gefallene Gabe nicht von sehr vielen Angehörigen des weiblichen Geschlechts als Danaergeschenk empfunden werden wird, muß die nächste Folgezeit schon zeigen. Was müssen, um dies Recht ausüben zu können, nicht alles noch die Frauen lernen, an was müssen sie sich nicht noch erst gewöhnen!

Lernen müssen sie vor allem Zeitung lesen. Wie wenige Frauen haben bisher die Zeitung recht zu lesen verstanden. Die Kriegszeit hat darin freilich schon ein wenig Wandel geschaffen. Vor dem Kriege lasen die Frauen wohl zumeist zuerst den Roman, nach dem Roman die Familienanzeigen und dann den Teil unterm Strich. Während der Kriegszeit kamen dann freilich die Mitteilungen über die Lebensmittelverteilung dazu und manche andere Nachrichten über Bezugsgeld und dergleichen mehr, was die Frauenwelt ganz besonders interessierte. Nun aber heißt's die Zeitung von Anfang an zu lesen, auch den Leitartikel und die politischen Nachrichten. Und darüber läßt es sich nicht so leicht hinstellen, wie über die Romanfortsetzung, die man oft nur daraufhin prüfte, ob sie sich noch nicht endlich gekriegt haben. Und weiter müssen die Frauen lernen, Versammlungen zu besuchen. Das ist die erste paar Male wohl ganz interessant, aber mit ein, zwei Versammlungen ist's nicht getan, und die Frauen werden sich daran gewöhnen müssen, öfter und oft in Versammlungen zu gehen, dort im Zigarrenrauch zu sitzen. Vielleicht ist es eine gute Schicksalsfügung, daß vorläufig noch die Zigarren recht teuer sind und das Zigarrenrauchen noch nicht so überhandgenommen hat wie während früherer Wahlzeiten. Immerhin ist das Zuhören von langen Wahlreden eine Anstrengung, eine größere Anstrengung als ein Theaterbesuch oder ein Konzert, wo es zwischen den einzelnen Akten und Säulen Pausen gibt, wo der Geist abgelenkt wird, wo Auge und Ohr abwechselnd beschäftigt werden. Vorträgen und Reden mit Aufmerksamkeit lauschen, ist eine geistige Arbeit. Die Kunst des Zuhörens war nie in besonderem Maße den Frauen eigen, wie jede Unterhaltung mit Frauen beweist,

die lebhafteren Geistes sind als die Männer und leichter unterbrechen als diese. Und alles das werden die Frauen tun müssen, ohne die bisherigen Tugenden der Frauen nicht einzubüßen, nicht den häuslichen Sinn, nicht die weibliche Zurückhaltung. Man hat schon über genug während der Kriegszeit von den Frauen verlangt. Da traten so viele neue Pflichten an sie heran, so viele neue Arbeitsgebiete, die sie der Häuslichkeit mehr und mehr entzogen. Und viele Frauen brachen schon während dieser Zeit der Lebensmühsal und Kämpfe unter der Last aller dieser Anforderungen zusammen.

Nun kommen noch neue Anforderungen hinzu, schwere, ernste! Da heißt es nicht ermüden. Jetzt heißt es nicht für das Haus, für die Familie, für die Seinen einzutreten, sondern für den Staat, für die Allgemeinheit; nicht für den eigenen Vorteil, sondern für das Wohl des Ganzen zu denken und zu handeln. Auch das will gelernt sein. („Tag“.)

Der Dank der heimkehrenden Krieger. Der kommandierende General des 7. Reservekorps General der Infanterie Freiherr v. Soden, richtete an Oberbürgermeister Lübbe folgendes Dankschreiben. „Die Stadt Homburg hat den mir unterstellten Truppen bei ihrem Einzuge in die Stadt einen herzlichen Empfang bereitet und die hier während der Marschbewegung untergebrachten Teile des Korps auf das gastlichste in ihren Mauern aufgenommen. Dafür gebührt der Stadtverwaltung wie jedem einzelnen Bürger besonderer Dank. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren im Namen der Truppen, insbesondere auch des Generalkommandos, dem es vergönnt war, einige Tage Homburger Gastfreundschaft zu genießen, diesen aufrichtigen Dank der Stadtverwaltung und der Bürgererschaft übermitteln zu wollen. Die festliche Begrüßung und die gastlichen Stunden im schönen Saal Homburg werden uns allen in dankbarer Erinnerung bleiben.“

Frauenversammlung im Kurhaus. Die vom hiesigen Frauenausschuß der demokratischen Vereinigung für gestern Abend nach dem Kurhaus einberufene öffentliche Frauenversammlung hatte sich eines überaus guten Besuches zu erfreuen. Der geräumige Speisesaal war dicht gefüllt. In der Hauptsache waren es Frauen, die erschienen waren. Die Leiterin der Versammlung, Frau Prof. Dr. Schöne mann, begrüßte die Anwesenden mit etwa folgenden Worten: Das Stimmrecht ist den Frauen als ein Geschenk der neuen Zeit in den Schoß gefallen. Ein Geschenk, das wohl nur die wenigsten gewünscht oder auch nur erstrebt haben. Was sollen wir mit dieser Gabe anfangen? Nicht gilt es zaghaft an die neue Aufgabe herangehen. Mit hellem Kopf und und praktischen Blick wollen wir versuchen, auf diesem Gebiete Tüchtiges zu leisten. Der Krieg hat uns ja schon gehörig aus unserm stillen Gleichmaß aufgeschreckt. Ohne Arbeit kann auch diese neue Aufgabe nicht gelöst werden. Durch selbständiges Mitdenken gilt es sich ein eigenes Urteil

zu bilden, um mit vollem Bewußtsein das Wahlrecht ausüben zu können. Wenn es jetzt auch die dringendste Pflicht jeder Frau ist, sich über politische Fragen Aufklärung zu verschaffen, so bleibt doch ihre erste und vornehmste Pflicht, die Arbeit in ihrem Haus zum Wohl und Segen ihrer eigenen Familie. Mit der Aufforderung, genau zu unterscheiden was Schein und was Sein schloß die Rednerin.

Die Hauptrednerin des Abends, Fräulein Meta Gadesmann - Frankfurt, sprach über das Thema: „Die politischen Aufgaben der Frau im neuen Deutschland.“ Sie kam nach einem Rückblick auf die politische und soziale Stellung der Frau vor dem Kriege, auf die durch die Revolution bedingte Neuorientierung in der Frauensfrage zu sprechen. Die Revolution habe uns Frauen etwas Wunderbares gebracht. Sie habe uns politisch mündig und zu vollberechtigten Staatsbürgern gemacht. Gut werde dies ausgenutzt, wenn es gelänge, die Frauen aufzuklären, und dafür zu sorgen, daß das Stimmrecht nicht mechanisch, sondern bewußt ausgeübt werde. Die Rednerin gab sodann einige Aufklärungen über die Nationalversammlung. Verbreitete sich ferner darüber, ob in der künftigen Staatsform Zentralisation oder Dezentralisation zu empfehlen sei und was sich daraus für Folgerungen ergeben würden. Die Frage sei jetzt, wen wählen wir? Wahlrecht bedeute zugleich Wahlpflicht. Und jede Frau habe die Pflicht aber den Mann ihrer Wahl die Arbeit zu verschaffen. Nach einigen Hinweisen über Zwecke und Ziele der demokratischen und sozialdemokratischen Parteien kam Fräulein Gadesmann auf die eigentlichen Forderungen der Frauen im neuen Deutschland zu sprechen. Fallen müßten die ungleichmäßigen Bestimmungen im Eherecht, keine doppelte Moral dürfe es mehr geben. In Fragen der Prostitution, Schwangerschafts- und Säuglingsfürsorge müsse man die Frauen zur tätigen Mitwirkung heranziehen. Daß diese Forderungen der Frauen von den Parteien erfüllt würden, darauf zu sehen, sei Aufgabe der Frauen bei Ausübung ihres Wahlrechts. Die Rednerin schloß ihre Ausführungen mit dem Hinweis, daß ein neues Haus gebaut werden müsse. Baumeister könne nicht jeder sein, wohl aber ihn wählen.

In der Diskussion, die sich dem Vortrage anschloß, wies eine Frau daraufhin, daß es Arbeiterfäuste gewesen seien, die der Frau das Wahlrecht gegeben hätten. Und nur die Sozialdemokratie habe bisher die Grundzüge der Humanität hochgehalten. Als die Rednerin, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung nicht für ratsam hielt, machte sich in der Versammlung lebhafter Unwille geltend. Zur Beruhigung der Gemüter trug es auch nicht bei, als einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei der Rednerin zu Hilfe eilten. Nachdem es der Leiterin der Versammlung gelungen war, Ruhe herzustellen, führte die Diskussionsrednerin ihre Ausführungen mit der Forderung zu Ende, daß die Frauen Schulter an Schulter mit den Männern stehen müßten. Im weiteren Verlauf der Debatte hob Fr. Mertens

Hande rann. Der Graf bemerkte, daß seine Dame leichenblau geworden. „Was ist Ihnen?“ fragte er erschrocken. Klarissa antwortete nicht. In schreckenhaftem Entsetzen starrte sie auf einen schlanken Herrn, der langsam auf den Tisch zukam. Auch der elegante Fremde bemerkte jetzt die Dame. Er zuckte zusammen und blieb stehen. Einen Augenblick schien es, als wollte er den Zylinder ziehen. Dann trat er noch einen Schritt näher und stand dicht vor dem Tische des Grafen. Fragend, verwundert, als suche er vergebens nach der Lösung eines Rätsels, schaute er von der jungen Dame nach dem alten vornehmen Herrn.

Mit begreiflichem Unwillen folgte der Graf dem seltsamen Verhalten des Fremden. Er sah, daß Klarissa in ihrem Stuhl zurückgesunken war. Der Intendant erhob sich:

„Ich verbitte mir Ihre Belästigung, mein Herr“, rief er hochfahrend und gereizt hervor.

Der andere warf noch einen Blick auf die Dame. Dann bemerkte er in deutscher Sprache auf die französisch gegebene Abweisung: „Verzeihung, mein Herr. Meinerseits ein Irrtum.“

Damit entfernte er sich langsam zwischen den Tischreihen hindurch und verschwand in einem Nebenzimmer.

„Ich bedauere den Zwischenfall“, erklärte der Graf, indem er seinen Platz wieder einnahm. „Das auffallende Benehmen des Herrn läßt einen Zusammenhang vermuten. Für ihn schien es sich keineswegs um einen Irrtum zu handeln.“

„Es war kein Irrtum“, erwiderte die Sängerin in starrer Ruhe. „Führen Sie mich fort. Ich bitte darum.“

Sie stand auf. Der Graf unternahm keinen Versuch, seine Tischgenossin zu halten. Es wäre vergebens gewesen. Nur kein Aufsehen erregen! Er verzog die Rechnung und befahl ein Auto.

(Fortsetzung folgt.)

besonders hervor, daß es sich hier um eine demokratische Frauenversammlung handelte. Im Schlußwort suchte Frä. Gadesmann die Gegensätze der beiden politischen Lager zu überbrücken. Sie wies dann noch einige Angriffe der ersten Diskussionsrednerin zurück und ludte ihr dabei das Geständnis ab, daß sie schließlich doch auch die sofortige Einberufung der Nationalversammlung für ein wünschenswertes Ziel halte. Gegen 10 Uhr schloß Frau Dr. Schönmann die Versammlung mit dem Hinweis auf die Auflösungsstunde, die demnächst in Homburg stattfinden sollen.

Religiös-nationaler Vortrag. Am Sonntagabend sprach in der Erlöserkirche Pfarrer Werner über das „Deutsche Volkstum in seiner geschichtlichen Eigenart und unzerstörbaren Größe“. Vor eines großen Zuhörerschaft entwickelte der Redner seine feinsinnigen Gedanken. Was ein Volk zum Volk macht, sind gemeinsame Schicksale, Erinnerungen und Hoffnungen, aber nicht eine Volksschicht, nicht ein Stand, auch nicht eine Partei. Der Geist, der die einzelnen Generationen innerlich eint, macht das Volk zu einer organischen Einheit. Im deutschen Volksthum findet sich eine gewisse Zweifelhaltigkeit, die sich n. a. äußert in Kampfesmut und Friedensliebe. Diese zwei Wesenszüge finden sich nicht immer in idealer Verbindung wie bei Siegfried. Sie gehen auseinander und zeigen sich in den Volkstypen St. Michael und in dem deutschen Michel. Was Michael erstrebt, verdirbt der Michel, das beweist die deutsche Geschichte bis zur Gegenwart. In die neue Zeit wollen wir das hinübernehmen, was sich im Volkstum und in der Volksgeschichte als wahrhaftig groß erwiesen hat. Wir müssen die deutsche Wesensart pflegen in der Verbindung von germanischer Kraft und christlicher Innerlichkeit. Pflegen wir die deutschen Innenwerte, dann werden wir stärker an nationaler Geistesmacht, wenn auch schwächer an Wirtschaft und Waffenmacht, ärmer an Korn und Kohlen, reicher an Geist und Gemüt. So geht der Weg denn auch empor zum Licht, einer besseren Zukunft entgegen. — Der nächste Vortrag findet am Sonntag, 15. d. Mts., 5.30 Uhr nachmittags, in der Erlöserkirche statt.

Obst- und Gartenbauverein. Der gestrige Vereinsabend im „Straßburger Hof“ war einer Aussprache gewidmet über den Obst- und Gartenbau in der gegenwärtigen Zeit. In üblicher Weise begrüßte der

Vorsitzende die Erschienenen und hob insbesondere hervor, daß der Obst- und Gartenbau neben der Landwirtschaft dazu berufen sei, nach wie vor zu wirken, um die Volksernährung sicher zu stellen. Alle neuen Gesichtspunkte über Arbeitszeit und Löhne, rationelle Kulturen, Dünger und Samenbeschaffungen, nicht zuletzt auch die Materialbeschaffung für die Gärtner selbst, wurden eingehender Besprechung unterzogen. Soviel steht fest, daß für die Landwirtschaft ein 8-Stundenbetrieb nicht ausreicht. Für die kleinen Selbstbetriebe fällt es so wie so fort. Die Nicht- oder Höchstpreise stehen dann auf einer anderen Seite. Es wird nicht ausbleiben, dem freien Handel mehr Freiheit zu gewähren neben einer gerechten Ueberwachung. Leider müßte auch festgestellt werden, daß bei Nachprüfungen der Kartoffelbestände vielfach leichtfertige Lagerung und Behandlung besteht, hier tut dringend Abwendung Not. Der Vorstand wird die Vereinsabende wieder regelmäßig aufnehmen, um das Interesse wachzuhalten. Zum Schluß wurde ein Präparat zur Scharmausverteilung den Anwesenden zugeteilt.

Reinhardttheater. Die morgen, Donnerstag, stattfindende 5. Vorstellung im Abonnement B. bringt ein Gesamt-Gaßspiel des Frankfurter Neuen Theaters mit dem einaktigen Lustspiel „Kur ein Traum“ von Lothar Schmidt. — Besetzt sind die Damen Volld, Sangora, Klara Wassermann, Gustel Sieger; die Herren Otto Wallburg, F. W. Schröder, Robert Gröning, Direktor Max Reimann. — Spielleitung: Direktor Max Reimann. — Bühnenbilder: Robert Neppach. — Anfang der Vorstellung: 7 Uhr.

Unsere Kohlenversorgung. Mit der Kohlenversorgung der Homburger Einwohnerschaft steht es verzweifelt schlecht. Auf der hiesigen Ortskohlenstelle sind seit dem 16. November nur 2 Waggon Anthrazit eingegangen. Und heute, am 11. Dezember, trat der erste Waggon Grobkohle ein. Da ist es denn kein Wunder, daß die Vorräte an Brennstoff bei den Händlern sowohl wie beim Gaswerk zur Reize gehen. Es erwies sich deshalb wie in anderen Städten auch für Homburg als notwendig, in erhöhtem Maße zur Holzheizung zu greifen. Mit Holz hat sich allerdings die Ortskohlenstelle genügend eingedeckt. Die wenigen Kohlenvorräte aber, die ihr noch zur Verfügung stehen, müssen den hiesigen Bäckermeistern und Lebensmittel-

fabriken zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe überlassen werden. Kritisch ist zurzeit die Kohlenversorgung der Gaswerke, besonders derjenigen, die aus den vom Feinde besetzten Saarrevieren gespeist wurden. Auch Homburg und unsere Hauptkraft- und Lichtstation Höchst bezogen von dort ihre Kohlen. Ein Glück nur, daß die milde Witterung keine allzu hohen Anforderungen an die Kohlenvorräte stellt. Wenn es nicht noch anders kommt!

Beurlaubung von Heeresangehörigen in die bisher von uns besetzten Gebiete sind nicht statthaft. Beurlaubungen nach der neutralen Zone können nur in Zivil genehmigt werden.

Eingefandt.

Die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Redaktion lediglich die sprachliche Verantwortung.

Zu dem gestrigen Artikel „An Alle die es angeht.“ Es wäre vor allem angebracht, daß die Kreis- und Kommunalbehörden mit gutem Beispiel vorangingen und diejenigen Leute, welche „es nicht nötig haben, zu arbeiten“, aus ihren Stellen entlassen und dafür heimkehrende Krieger einstellen. Gerade bei den Behörden in Homburg, bei denen Geschäftsbesitzer, Geschäftsinhaber, Hausbesitzer usw. beschäftigt sind, wäre ein Eingreifen am Platze. Auch sollte jeder der vorgenannten Beschäftigten, welche es nicht nötig haben, Geld zu verdienen, den heimkehrenden Kriegern Lohndienst entgegenbringen und seine Stelle denselben überlassen.

Mehrere heilungssuchende Heimgekehrte Homburger Kriegsteilnehmer.

So viel aus bekannt, handelt es sich hier bei denen „die es nicht nötig haben, zu arbeiten“ zum Teil um ehemals zivildienstpflichtige Homburger Bürger, die auch jetzt noch ihre Tätigkeit bei den Behörden beibehalten, nicht etwa um eines persönlichen Vorteils willen, sondern weil sie zur Ueberleitung in den Frieden ihre Kraft in uneigennützigster Weise in den Dienst der Allgemeinheit stellen zu müssen glauben. Ob dadurch heimkehrenden Homburger Kriegern Brot und Lohn entzogen wird, erscheint aus launghaft. Im übrigen ist das Problem der Arbeitsbeschaffung, soweit sie namentlich durch die Entlassung weiblicher Ersatzkräfte erfolgen kann, noch in der Schwebe.

Die Schriftleitung.

Vom Tage.

Frankfurt, 11. Dez. In der Stadtverordneten-Versammlung kam gestern der Ausschussbericht über Gewährung eines Vorstusses zur Bestreitung der Verwaltungskosten des Arbeiter- und Soldatenrates und der Vorstussleistung zur Bestreitung der besonderen Polizeikosten zur Verhandlung. Der Bericht erstatter Stadtv. Dr. Bruck (Dem.) führte aus, es sei Sache des Staates, die Kosten für die Hilfspolizeimannschaft zu tragen. Die Bevölkerung sei mit der einseitigen Zusammenziehung der 1300 Mann starken Hilfspolizeimannschaft nicht einverstanden. Der Ausschuss empfahl in der Voraussetzung, daß die Kosten von der Staatskasse zurückerstattet werden, und daß nur zuverlässige Leute eingestellt werden, die Polizeikosten von rund 687 000 Mark und 200 000 Mark für die Verwaltungskosten des Arbeiter- und Soldatenrats zu bewilligen — Deutsche Garnison in Frankfurt? In der gestrigen Sitzung des Arbeiterrates teilte Harris, seitiges Mitglied des Soldatenrates mit, daß es feststehe, daß Frankfurt Garnisonstadt (deutsche) sein kann und wahrscheinlich auch sein werde. Wieviel Militär nach Frankfurt komme, stehe aber noch nicht fest.

Darmstadt, 10. Dez. Der hess. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ist auf. Es wird an seiner Stelle der Volksrat für die Republik Hessen gebildet. Dieser Volksrat stützt sich auf alle Bevölkerungsschichten der Republik Hessen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte werden aufgefordert, sich aufzulösen und ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Volksrate zu übertragen. Der hiesige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat schließt sich dem an und konstituiert sich sofort neu als Volksrat.

Wiesbaden, 11. Dez. Die 10000 Verbrennung fand gestern im hies. Krematorium statt, und zwar handelte es sich dabei um die Leiche des Landesbank-Oberbuchhalters Wilhelm. Das Krematorium ist im Spätherbst 1912 dem Betrieb übergeben worden. Abgegeben von den zahlreichen Einsäherungen aus Wiesbaden in fremden Krematorien, besonders in Mainz, entfallen demnach auf das Jahr rund 170 Einsäherungen.

Allg. Ortsfrankenklasse Bad Homburg v. d. Höhe.

Durch die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten und des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts vom 22. November 1918 über Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung (Reichsgesetzblatt S. 1831) sind mit Wirkung vom 2. Dezember 1918 ab

die nachstehend bezeichneten Personengruppen auch dann nach den Vorschriften der Krankenversicherungspflichtig geworden, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst mehr als 2400 M. bis einschließlich 5000 M. an Entgelt beträgt:

1. Betriebsdrante, Werkmeister und andere Angehörte in ähnlicher gehobener Stellung sämtlich wenn, diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bilden,
2. Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken,
3. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen,
4. Lehrer und Erziehler,
5. Schiffer auf deutschen Seefahrtszeugen, soweit sie nicht unter die §§ 553 bis 555 d. des Handelsgesetzbuches fallen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.

Arbeiter, Gehilfen und Gesellen bleiben frankensversicherungspflichtig, auch wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 M. übersteigt.

Die Arbeitgeber unseres Raubbezirks werden ersucht, die bei ihnen Beschäftigten wie vorstehend unter 1—5 aufgeführt alsbald mittels vorgedruckter Vorladung bei unserer Geschäftsstelle Bad Homburg, Ferdinandsplatz 26 4—8 Uhr, oder bei unseren Hebeplätzen in Friedrichsdorf (Mittwoch 9—11 Uhr) und Rappers (Mittwoch 1—3 Uhr) anzumelden. Auch die bisher freiwillig versicherten Personen, die nach den obigen Bestimmungen wieder versicherungspflichtig geworden sind, sind von ihren Arbeitgebern wieder anzumelden. Unterlassung oder Verzögerung der Meldungen ist strafbar.

Mitglieder, welche in der Zeit Beginn des Krieges wegen Ueber-schreitung der Einkommensgrenze von 2400 M. aus unserer Kasse ausgeschieden sind, können binnen 6 Wochen ihre Wiederaufnahme als Mitglieder gemäß § 313 R. V. D. beantragen, sofern sie kein Ausscheiden zur Weiterversicherung berechtigt waren und nicht jetzt nach der obigen Verordnung versicherungspflichtig sind. Die Kasse kann die sich zum Eintritt Meldenden ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung die beim Wiedereintritt bereits besteht, begründet für diese Krankheit keinen Anspruch auf Rassenleistungen.

Die §§ 178 und 214, Abs. 2 der R. V. D., nach denen die Versicherungsberechtigung erlosch, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 4000 M. überstieg, sind aufgehoben.

Bad Homburg, den 10. Dezember 1918.

Der Vorstand.
Blenkes.

5811

Sauberes tüchtiges
Mädchen gesucht.

Frankfurter Landstr. 64.

Schuhmacherlehrling
gesucht.

5807 Ludwig Nagel,

Schuhmacherei, Elisabethenstr. 38.

Landarmen-Verein.

Weihnachten steht vor der Tür, und in dieser schweren Zeit hoffen unsere Armen, Alten und Kranken in den Amtsortschaften doppelt auf eine Freude und Unterstützung. Auch für die kleinste Gabe sind herzlich dankbar die Vorsteherinnen: Frau v. Marx, Frau Endke, Frä. Antonie Dräcker, Frä. Anna Steinbrink. (5770)

Treppenläufer
(20 Meter) und eine elektrische
Glühlampe

zu kaufen gesucht.
Angebote unter I. 5815 an die
Geschäftsstelle.

**Gebrauchte
Bettschelle mit Matratze**

zu kaufen gesucht.
Zu erfragen unter 5802 in der
Geschäftsstelle.

Schreibmaschine

zu kaufen gesucht. Näheres
Ferdinandsplatz 17.

Suche sofort

auf einige Tage
jemand zum Nähen
des Hants.
5818 Ferdinandsplatz 17.

Monatsfrau

gekauft
5708 Gölzstraße 19 p.

Ordentliche Monatsfrau
gesucht.
Näheres unter 5813 Geschäftsstelle.

Monatsfrau
gesucht.
Am Mühlberg 49.

Schutt

kann abgeladen werden
Hinter der langen
Meile b. Bahndamm.

Hüte

werden nach den neuesten Formen
ausgeprägt
Große Auswahl in
Belous-Filz u. Samthüten
Federn, Fantasien, Bändern
Elisabeth Wagner,
Elisabethenstraße 20.

Lehrer

erteilt Privatunterricht.
Beaufsichtigung von
Schularbeiten.

Offerten unter F. 5500 an die
Geschäftsstelle.

Wegen Erkrankung meines jetzigen
Mädchens suche ich sofort ein
tüchtiges Alleinmädchen
welches kochen kann und alle Haus-
arbeit übernimmt.
Risselestraße 3 p.

Wohn- u. Schlafzimmer
möbliert, in gutem Hause
an besseren Herrn
zu vermieten

Angebote unter V. 5810 an die
Geschäftsstelle des Blattes.

Pferde

werden sauber und billig
geschoren.
Näheres 5804
Hinter der goldenen Rose.

Christbescherung im Waisenhaus.

Das heilige Weihnachtsfest naht heran und die Kinder des Waisenhauses — 12 Knaben u. 14 Mädchen, — hoffen auch in diesem Jahre auf eine Bescherung. Wir wenden uns deshalb vertrauensvoll an alle Freunde der Waisen und bitten um ihre Unterstützung.

Die Christbescherung findet im Waisenhaus am heiligen Abend, Dienstag, den 24. Dezember nachmittags 4 Uhr statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

Die Dir. des Waisenhauses: Pfarrer Jäklung, Del. Holzhäuser, Meister Bern, Uhrmacher Sabat.

Antike Möbel

aus England, Nieder, Nipp-
schon a. i. d. Markt p. 584
den Waisenhaus, Dr. Gisch.
Wohn 22, Frankfurt a. M. gegen-
über Kaufhaus. 99

Gut möbl. Zimmer

(evtl. Wohn- und Schlafzimmer)
mit Kasse von 15. Dezember von
Braun zu mieten gesucht. Offer-
ten mit Preisangabe unter K. 25635
an die Geschäftsstelle.

Herrschastliche 5—6 Zimmer-Wohnung

in bester Lage mit Bad und Zube-
hör, elektr. Licht per 1. Jan. 1919
zu verm. Zu erfr. unter 5482.

In Aufertigung von

Bandarbeiten, Weiß- u. mo-
derner Kunststickerei u. Sticken
ganzer Kleider empfiehlt sich
H. Meier, Casselstr. 19.
Ferner erteile Unterricht
v. jungen Mädchen. 2996

Am **FREITAG**, den **13. Dezember 1918**
abends **7.30 Uhr** findet im **Speisesaal**
„ „ „ des **KURHAUSES** eine „ „ „

Grosse öffentliche Volksversammlung

für Männer und Frauen statt.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Heinrich Hüttmann-Cassel**

Wir beehren uns hiermit, alle Männer
„ und Frauen von **Homburg** und „
Umgebung freundlichst einzuladen

Freie Diskussion!

Die vereinigten sozialdemokratischen Wahlvereine
von **Homburg** und **Umgebung**.

Gasverbrauch einschränken.

Wir machen wiederholt auf die Vorschriften betr. Einschränkung
des Gasverbrauchs lt. unserer Bekanntmachung von 11. 8. 17. aufmerksam.
Der Gasverbrauch ist auf 80 vom H. gegen den Verbrauchsmonat
des Vorjahres (1918) einzuschränken.

Bei Ueberschreitung der zulässigen Gasmenge wird für jedes mehr
verbrauchte cbm. Gas ein Aufgeld von 50 Pfg. erhoben.

Bei Zuwiderhandlungen ist mit Absperzung der Gasleitung und
mit Verhängung von Geldstrafen zu rechnen.

Städt. Gas- u. Wasserwerke.

Gasverbrauch sehr einschränken.

Durch Bergarbeiter - Streiks und Gütersperre ist die
Kohlenversorgung der Gaswerke derartig mangelhaft, daß
die größte Sparsamkeit im Gasverbrauch zur unbedingten
Notwendigkeit geworden ist, um gänzliche Einstellung der
Gasabgabe zu vermeiden.

Vorläufig sehen wir uns genötigt, den Gasdruck im
Rohrnetz, außer in den Hauptverbrauchszeiten, wesentlich
zu vermindern.

Städt. Gas & Wasserwerke.

Der Vaterländische Frauenverein

möchte auch in diesem Jahre den Verwundeten in den
Lazaretten, sowie bedürftigen Frauen und Kindern eine

Weihnachtsfreude

machen und wendet sich daher wieder an seine Freunde
und Bärner mit der herzlichsten Bitte um Zuwendung von
Geldspenden, die die Landgr. hess. Landesbank unter
Konto „Weihnachtsspenden“ entgegennimmt.

5760

Der Vorstand.

Meiner werten Kundschaft

sowie einem geehrten Publikum von Homburg und
Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich nach Rückkehr
meines Sohnes vom Heeresdienst meine

Sattler- und Tapezierwerkstatt

wieder eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch

J. H. Kofler Wwe., Luisenstr. 32.

Leberwaren- und Tapeziergeschäft. 5769

Schuhe

in allen Größen aus prima Leder-
schaft mit Holzbohlen solange Ver-
rat reicht, verkauft

Stöckel

5814

Wallstraße 22.

Große Puppenküche

evtl. mit Einrichtung und ein
Puppenstuhl zu verkaufen.
Zu erfragen unter 5812 Geschäft.

Zu verkaufen

**komplettes eisernes Bett
mit Strohmattlage, zwei
Kissen und Deckbett.**

5806 Drangeriegasse 4.

Gut erhaltenes braunes
Ausbaum-Schreibisch

mit Sessel zu verkaufen.
5803 Gymnasiumstr. 16 I.

Laternamagica

und eine **Bettstelle** zu verkauf.
Zu erfragen unter 5800 in der
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schönes, großes

Sell

schauelpferd
zu verkaufen, desgleichen
gute Konzertzither
mit Noten. 5809

Im Hasensprung 2
gegenüber Garnisonlazarett.

Deckbett mit Kissen

Bezüge, Spiegel

Kleiderständer 5799

billig zu verk. Promenade 11 I.

Achtung!

Morgen **Donnerstag** vormittag von 9 Uhr ab wird
junges **Pferdefleisch**

Bratenstück Mk. 1.50 pro Pfund, **Rohfleisch**
Mk. 1.30 pro Pfund, **Hackfleisch** und **Fleisch-**
wurst im Hofe von **Blück**, Kirdorferstr. 40, verkauft.

5771

Joseph Gerst.

Weitere

Zeitungsträgerin

gesucht

Geschäftsstelle des **Taunusboten**.

Für den Weihnachtsstisch

empfehle ich:

Schulranzen, **Markttaschen**, **Portemonnaies**,
Damentaschen, **Perlbüchel**, **Handtaschen**, **Model-**
Schlitten, **Schlittschuhe**, **Hosenträger**
... **Reichhaltiges Tapetenlager** ...

J. H. Kofler Wwe., Luisenstr. 32
5768 **Leberwaren- und Tapeziergeschäft.**

KRISTALL-PALAST

Niemand versäume sich das

NIKOLAUS-WEIHNACHTS BILDERBUCH

für Erwachsene anzusehen. Gleichzeitig mit einem

reichhaltigen Künstler-Programm

Kristall-Palast-Casino

Einlass 8 1/2 Uhr. Sonntags 3 Vorstellungen. Hansa 3825.

Die große Schar

unserer elenden Krüppel, Siechen, Idioten, (1000) bittet in diesem
Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in barmherziger
Liebe zu gedenken.

Freundliche Spenden nimmt dankbar entgegen **D. H. Braun**,
Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser, Angerburg Ostpr.,
(Postfach Königsb. 2423)

Weihnachtsbitter

der Erziehungs- und Pfllegeanstalt
Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem Gott der
Menschheit die allgerühmte Freude bereitet hat, kommt wieder heran, und
da wagen wir es, trotz des Druckes der Zeit um Gaben der Liebe zu
bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem eine kleine Freude bereiten
können. Wer möchte den an die Schwelgerei des Lebens Vernünftigen
und doch so gern Fröhlichen die Christfreude nehmen? Freilich wird's
sehr sparsam und praktisch sein das Christfest 1918, aber unserm Kin-
dern läßt sich auch mit Wenigem viel Freude bereiten.

Darum bitten wir unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um
ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Schwestern, Kleidungsstücken
usw. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und
sind für jede, auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere
Quittung.

Allen unseren Wohlwählern wünschen wir in dieser ersten Kriegszeit
ein gesegnetes Christfest!

Martin, Pfarrer, **Loth,**
Vorstand der Pfllegeanstalt, **Direktor.**
Die Postfachnummer der Anstalt ist Frankfurt a. Main. 4000

Weihnachten in Bethel.

In unruhiger und dunkler Zeit steht sich die Welt nach Licht und
Frieden. Friede auf Erden und Licht für die trauernden Herzen, das
wünschen wir uns alle als größtes Weihnachtsgeschenk. Darum bitten
wir aus Not und Leid der Erde auf das himmlische Kind, das arm
wurde, um uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Abglanz dieser ewigen Liebe sollen die Weihnachtsgaben sein,
um die wir wiederum die Freunde von Bethel bitten. Fast 3500 Kranke,
Kinder und Heilungsbedürftige sind hier gesammelt. Dazu kommen die ver-
wundeten Krieger, von denen nun schon fast 23000 hier versorgt wurden
und etwa 1800 unsere Weihnachtsgäste sein werden. Für alle hoffen
wir auf eine kleine Gabe. Je schwerer die Zeit, um so mehr Hilfe haben
wir nötig. Alles nehmen wir dankbar an: Kleidungsstücke, Tabak und
Zigarren, Bilder, Bücher, Spiele oder Geld, um das zu kaufen, was
Gabe und kleine Erweisen kann. Je eher es geschieht wird, um so
dankbarer sind wir.

Mit herzlichem Weihnachtsgruß an die Freunde von Bethel.

H. v. Rodelschwingh, Pastor.

Bethel bei Bielefeld, im November 1918.